



EINGANG

25. JULI 2012

Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Abteilung IV 2

Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung
Regionalgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein
Frau Kerstin Langmaack
Maria-Goeppert-Straße 1
23562 Lübeck

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom: 09.07.12
Mein Zeichen: IV 235
Meine Nachricht vom:

Kristina Kaiser
Kristina.Kaiser@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-5050
Telefax: 0431988-1963

Kiel, 23. Juli 2012

Aussage des Koalitionsvertrages „Bündnis für den Norden – Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“ zwischen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Südschleswigschen Wählerverband zur Kommunalisierung der Regionalplanung

Ihre Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung landesplanungsrechtlicher Vorschriften (LaPlaÄndG)

Sehr geehrte Frau Langmaack,

Ministerpräsident Albig lässt Ihnen für Ihr Schreiben danken, welches am 09.07.12 hier eingegangen ist. Er hat mich gebeten, Ihnen eine Zwischennachricht zukommen zu lassen.

Mit Ihrem Schreiben nehmen Sie Stellung zu dem Gesetz zur Änderung landesplanungsrechtlicher Vorschriften (LaPlaÄndG) und bitten darum, dieses auf Tauglichkeit zu überprüfen sowie ggf. zu novellieren.

Die „Rückgängigmachung der Kommunalisierung der Regionalplanung“ ist in dem Koalitionsvertrag „Bündnis für den Norden – Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“ zwischen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Südschleswigschem Wählerverband vorgesehen. Sobald das konkrete weitere Vorgehen zur Umsetzung des Koalitionsvertrages in diesem Punkt feststeht, wird Ministerpräsident Albig gern auf Ihr Anliegen zurückkommen.

Für weitere Fragen stehen Ihnen bis dahin Herr Schlick (0431/988 1731) und Frau Kaiser (0431/988 5050) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ernst Hansen